

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Sonntag, aber mit der Hälfte des Preises. Die Redaktion und Druckerei befinden sich in Halle a. S., Marktstraße 27. Einlieferungstermin für den nächsten Tag: 10 Uhr.

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2 Mk. — **Monatliche** Zusatzengebühr für Abnehmer 1,90 Mk. — **Polstergeld** monatlich 2 Mk., ab **Polster** ab 2,50 Mk. — **Postgebühren** monatlich 20 Pf. — **Einzelhefte** 12 Pf. — **Abnehmer** 10 Pf. — **Abnehmer** 12 Pf. — **Abnehmer** 15 Pf. — **Abnehmer** 20 Pf. — **Abnehmer** 25 Pf. — **Abnehmer** 30 Pf. — **Abnehmer** 35 Pf. — **Abnehmer** 40 Pf. — **Abnehmer** 45 Pf. — **Abnehmer** 50 Pf. — **Abnehmer** 55 Pf. — **Abnehmer** 60 Pf. — **Abnehmer** 65 Pf. — **Abnehmer** 70 Pf. — **Abnehmer** 75 Pf. — **Abnehmer** 80 Pf. — **Abnehmer** 85 Pf. — **Abnehmer** 90 Pf. — **Abnehmer** 95 Pf. — **Abnehmer** 100 Pf.

Wir wollen Klarheit!

Von **Rud. Breitscheld.**

Warum fordern wir eine allgemeine politische Aussprache im Reichstag, bevor die deutsche Antwort auf die Briand'sche Note in Sachen der Schlichtung und Schiedsverträge hinausgeht? Zunächst weil der Außenminister selbst sie als bringend notwendig bezeichnet hat, und die Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten des Parlamentes geführt weitergeführt werden. Nicht nur im Auswärtigen Ausschuss hat er diesen Standpunkt vertreten, Herr Stresemann weist in für ihn kritischen Momenten immer Wege auf, die zu den Parteien — auch zu denen der Opposition — führen, und auf denen er auch einen Einfluss auf die Presse ausüben kann. Er hat diese Verbindungen in den letzten Wochen benutzt, um auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die seiner Politik von den Deutschnationalen bereitet werden, und er hat verbundenen lassen, daß er im Plenum des Reichstages Klarheit geschaffen wissen wollte.

Jetzt freilich ist er still geworden. Der Reichstagler, der sich schon in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in ein charakteristisches Schweigen hüllte und auch nach dem Wort ergriß, als ihm der Außenminister geradezu zum Zeugen gegen die Verhandlungen des Grafen Balfour über die Entstehungsgeschichte des deutschen Balfour-Memorandums aufrief, hat die Sache in den Bund genommen und bestimmt wieder einmal, so wie es heißt, die Richtlinien der Politik. Er hat sich mit den Deutschnationalen, denen aus bestimmten Gründen eine öffentliche Aussprache im Reichstag unbenommen wäre, geeinigt, und Herr Stresemann befindet sich auf der Angelegenheit der Selbstschätzung. „Er zog den Döbel noch drei Fuß aus der Schiene, beschloß die Spitze, und wieder ein.“ Die Debatte soll erst vor sich gehen, wenn die Antwort im Best der französischen Regierung ist. Damit wendet sich Herr Stresemann und seine Partei aufrieden geben, wobei noch ein aus dem Zentrum, das seit der Präsidentenwahl aufs neue dem Reichstag nachdrücklich angetrieben hat, beruhigen. Die Sozialdemokratie aber kann sich auf einen solchen Verzicht auf die Rechte der Volksvertretung nicht bereit finden.

Die Balfour des Kanzlers und der Reichspräsidenten haben die Situation nicht erfüllt, sondern noch mehr verwickelt, und wir erleben so allem Überflüssig, wie Tag für Tag in der Presse Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Mitgliedern des Kabinetts vor sich gehen. Verhütung steht gegen Verhütung, und das Parlament hat das Recht, zu erfahren, was und woher es geschieht. Es geht sich nicht über seine Pflicht gegenüber dem Volk hinweg, wenn es nicht die Gelegenheit benutzt, hier Klarheit aufzuheben. Der deutschnationale Innenminister Schiele breitet mit Herrn Stresemann darüber, ob der Inhalt des Memorandums den Mitgliedern des Kabinetts bekanntgemacht worden ist. Herr Schiele sagt nein, Herr Stresemann sagt ja. Nun ist freilich die Sachliche Darstellung in sich widerspruchsvoll und entbehrt sogar nicht der Komik. Ein Minister, der von einem wichtigen, die gesamte Regierung verpflichtenden Schritt eines einzelnen Mitglieds durch die Presse in Kenntnis gesetzt wird, hat nach unserer beschränkten Laienkenntnis nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, nähere Erklärungen einzugehen. Nicht er sich über oder gar hinterzogen, so hat er die Konsequenzen zu ziehen, schwächt er, so kann er sich der Verantwortung für die eingeleitete Politik nicht entziehen, und ebensowenig kann es die Partei, als deren Vertrauensmann er in der Regierung ist.

Dazu kommt in diesem Falle noch, daß sich der Innenminister selber bemerzt. Am 25. Mai wollte er, wie sein jetzt bekannt gewordener Brief an den Abgeordneten Brühmberg besagt, den Inhalt des Memorandums noch nicht gekannt haben. Aber im

Wärz hat er nach einer anderen von ihm selbst ausgehenden Verbindung gegen diesen Inhalt bereits sehr ernste Bedenken erhoben. Es mag beiläufig sein, einem Streit, in dem derzeit noch wichtige Feststellungen getroffen werden, so folgen aber wir liegen nicht in einer Situation, die wir verlassen können, um uns schlafen zu legen, sondern hier liegen die Interessen des deutschen Volkes am dem Spiel, das wir sehen, was in dieser Regierung vor sich geht, und wer in ihr der Reiter und wer das Rosß ist.

Nicht aus Neugierde, sondern weil es darüber im Klaren sein muß, ob die Parteien, aus denen sich das Kabinett zusammensetzt, auch tatsächlich entschlossen sind, die Verantwortung für die Politik zu tragen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß sich Graf Balfour im Auswärtigen Ausschuss jetzt gegen die von Herrn Stresemann vorgezeichnete Linie ausgesprochen hat. Auch nicht, daß er andeutete, die Regierung sei im Grunde an ihr Bestehenden nicht gebunden, da dieses Angebot ja nicht auf einen Kabinettsbeschluß beruhe. Frage: Werden die Deutschnationalen sich gebunden fühlen, wenn sie eine Note hinausgeht, die sich im Rahmen jenes Angebotes hält und wenn am Ende Verhandlungen zustande kommen, bei denen das Angebot als unverrückbare Basis gilt?

Daß die Deutsche Volkspartei Richtlinien für eine solche Verhandlung ausgegeben hat, ist ohne praktische Bedeutung. Selbst wenn man annehmen darf, daß die Richtlinien ihres Gehaltes den Wünschen des Außenministers beliebigen Vorliegen sind. Die Deutschnationalen haben bereits an diesen Richtlinien Kritik geübt, und wir wissen nicht, welche Stellung sie in Wirklichkeit zurzeit einnehmen oder gar einnehmen werden, wenn man einmal aus dem Stadium der Vorberatungen herausgetreten sein wird. Wir wissen nur, daß sie jetzt diese Debatte im Reichstag wünschen, weil sie sich nicht festlegen wollen, besonders nicht, so lange sie keine Gewissheit über das Schicksal des Balfour's haben. Sie werden den Sicherheitsrat, der die Grenzen des Balfour's Vertrages noch einmal festlegt, nur unterzeichnen, wenn sie ihre Fülle erhalten. Selbst wenn sie sie erhalten haben, ist es noch keineswegs sicher, ob sie Herrn Stresemann zu Willen sein werden. Erst die Zahlung, über die Leistung wird man nachher sprechen.

Kann unter diesen Umständen die Notwendigkeit einer parlamentarischen Debatte überhaupt noch irgend jemand zweifeln? Herr Stresemann sucht die Ablehnung des Zentrum durch die Verweigerung zu rechtfertigen, daß eine Diskussion vor dem Zentrum mit sich bringen könnte. Eine Verlegenheitsausrede. Denn wenn eine Ausdrucksweise in sich birgt, so sind sie nicht geringe nach der Verweigerung des deutschen Schiedsrichters als vorher. Niemand verlangt ja auch, daß die Note etwa in ihrem Wortlaut im Reichstag besprochen und von ihm gebilligt werden müsse. Was wir fordern, ist nur Klarheit über die Absichten der Regierung, Klarheit über den Willen der Parteien, die angeblich oder in Wirklichkeit hinter ihr stehen. Solange die nicht vorhanden ist, wird man auch bei den internationalen Verhandlungen immer auf neue Schwierigkeiten stoßen, denn das Verhalten der Gegenseiten werden gegenüber dem Wert der Erklärungen und der Hinterfronten der Herr Stresemann wird immer zu überwinden. Die Nennung der nördlichen Rheinlande, die Vorbereitung einer Erklärung unserer ehemaligen Kriegsgegner, die Schaffung einer vernünftigen Verhandlungsbasis für die Nationen Europas — alles das und noch mehr wird hinausgeschoben, weil das Kabinett früher am seiner Existenz willen eine Politik im Dunkeln treibt.

Reform der Kriegsoffer-Verforgung.

Von **Erich Hofmann, M. d. R.**

In der jetzt im Reichstag zur Beratung stehenden Novelle zum Kriegsopferversorgungsgesetz liegt die Frage der Kriegsbeschädigten im wesentlichen ankommen aus der Grundrente und einem System von Zulagen, die in einem bestimmten Verhältnis zur Grundrente stehen. Die bedeutendsten Zulagen sind die Schwerbeschädigtenzulage und die Zusatzrente. Die Schwerbeschädigtenzulage erhalten die Beschädigten mit einer Erwerbsfähigkeitsminderung von 50 Prozent und darüber. Die Zusatzrente ist an eine Einkommensgrenze gebunden, deren Überschreitung die Gewährung ausschließt. Beschädigte mit einer Erwerbsfähigkeitsminderung unter 50 Prozent erhalten die Zusatzrente grundsätzlich nicht. Die Novelle will nun die offensivere Veranlagung der Gruppen bis zu 60 Prozent mildern durch eine allgemeine Erhöhung der Grundrente um 50 Prozent, zugleich aber soll durch eine geringere Erhöhung, je teilweise Verklärung der Schwerbeschädigtenzulage um 7 bis 25 Prozent, eine nach oben sich mindernde Wirkung der vorgedachten Rentenentwertung erzielt werden. So erhält der 70-Prozent-Beschädigte jetzt 53,10 M., künftig nur 49,80 M., der 80-Prozent-Beschädigte 44,20 M., künftig nur 41 M., der 90-Prozent-Beschädigte 35,30 M., künftig nur 31,80 M., und der 100-Prozent-Beschädigte 26,40 M., künftig nur 22,90 M. Die Schwerbeschädigtenzulage. Durch die Veranschlagung des Verhältnisses der Grundrente zur Schwerbeschädigtenzulage fällt die Wirkung der Rentenentwertung von 50 Prozent in den beiden unteren Gruppen der Beschädigten allmählich bis auf 12,5 Prozent bei Vollbeschäftigten. Die selbige Wirkung ist aus folgenden Beispielen ersichtlich.

Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit	als Unterrentner		als Beibrateter	
	ohne Rinder	bisher	mit 2 Rindern	bisher
um 80 Prozent	8,90	13,30	12,80	18,45
" 40 "	11,70	17,55	16,25	24,50
" 50 "	17,55	26,80	26,30	38,85
" 60 "	21,90	31,10	32,80	45,70
" 70 "	27,75	37,50	41,80	56,20
" 80 "	35, "	44,75	52,55	67,10
" 90 "	43,80	59,05	65,85	80,05
bei Erwerbsunfähigkeit	58,25	65,65	87,50	98,45

Die Regierung will also eine völlig unangenehme Milderung einer bisher schweren Benachteiligung der Klasse der Beschädigten auf Kosten der Schwere- und Schwerbeschädigten herbeiführen. Dieser Grundgedanke der Novelle wird wiederholt und damit die der greifbare Wirkung der Rentenentwertung verfehlt bei der Klärung der Gestaltung der Zulagen. Die Zulagen werden sich jetzt je nach Erwerbsfähigkeit, Ort, Klasse und Kinderzahl zwischen 10 bis 17 M. im Monat. Ihre Gewährung ist an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden. Die Grenze beträgt beispielsweise jetzt in der höchsten Ort-Klasse (Sonderklasse) bei einem Kinderlosen Beschädigten 47 M., bei einem verheirateten Beschädigten mit 2 Kindern 65 M., bei einer Witwe ohne Kinder, bei einer Witwe oder einem Elternpaar 28 M., für eine Witwe mit 2 Kindern 45 M. Werden diese Grenzen um nicht mehr als 50 Prozent überschritten, so wird die halbe Zulagenziffer gewährt. Eine weitere Überschreitung schließt die Gewährung aus. Eltern beglücken mindestens die halbe Zulagenziffer. Der Betrag nach Erweiterung des Kreises der Zulagenempfänger kommt die Novelle durch eine Erhöhung der Einkommensgrenze um rund 10 Prozent für Beschädigte und Witwen ohne Kinder sowie Witwen entzogen. Aber auch dieses Entzogenkommen erfolgt um den Preis einer Verminderung der Einkommensgrenze um 10 Prozent für Beschädigte mit Kindern und um 5 Prozent für Witwen mit Kindern, da die Grenzen für diese Gruppen nach der Berechnung des Entwurfs angesetzt „höher liegt als hoch liegen“. Einen weiteren Ausweg für die Vermehrung der Zulagenempfänger sucht die Novelle in einer Herabsetzung der Beträge der Zulagen um 6 bis 11 Prozent. Von dieser Herabsetzung nimmt sie allerdings die Gruppen mit einer Erwerbsfähigkeitsminderung um 50 und 60 Prozent aus. Bei diesen Gruppen tritt sogar eine Erhöhung um 33 Proz. ein. Die Tendenz des Entwurfs ist aber auch bei der Milderung von Härten auf Kosten anderer Versorgungsgruppen. Die Novelle führt zu dem, daß die Schwerbeschädigten und die Unterrentner bei der geplanten Rentenentwertung fast völlig leer ausgeben. Das gibt die Regierung mit der kleinsten Vermehrung in der Begründung an: „Auch bei den erwerbsunfähigen Beschädigten und bei den Unterrentnern tritt gegenüber dem jetzigen Zustand fast immer eine kleine Verbesserung ein.“ Eine Entschärfung bringt der Entwurf auf dem Gebiete der Elternrente. Sie ist, abgesehen von den allgemeinen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, bevor sie gewährt wird, an eine Einkommensgrenze gebunden. Diese beträgt 2. V. in Ostklasse B für eine Kriegsmutter gegenwärtig 88,95 M. monatlich. Wird dieses Einkommen überschritten, so kann zugezogene Elternrente nicht gewährt werden. Im übrigen soll in solchen Fällen die Rente künftig nicht mehr völlig fortfallen, sondern nur um den Betrag gekürzt werden, mit welchem die Einkommensgrenze überschritten

Ein Wahlrechtsreform-Vorschlag aus dem Zentrum.

Berlin, 7. Juli. (Wahlrechtsreform.) In der „Germania“ unternimmt ein Parlamentarier einen Versuch zur Erleuchtung der Wahlrechtsreform für den Reichstag. Das Bemerkenswerte daran ist, daß dabei die Herabsetzung der Wahrschaltäre des Reichstages weniger durch die Zurückführung der für die Erleuchtung eines Mandats erforderlichen Stimmenzahl von 60 000 auf 75 000, wie die Regierungsvorlage das vorstellt, besteht wird, sondern es wird die Herabsetzung des aktiven Wahlalters verlangt. Der Zentrumspolitiker ist sich allerdings des Widerstandes, den dieser Vorschlag bei der Sozialdemokratie nahezuweisen, und bei den Sozialdemokraten ist betragens, wenn er die Sozialdemokratie wie folgt umwirbt: „Aber die Sozialdemokratie sollte sich dessen bewusst sein, daß dieser Vorschlag einmal viel stärker ist, den von allen Seiten als notwendig anerkanntes Ziel der Verabminderung der Wahrschaltäre des Reichstages näherzuführen. Auch die Sozialdemokratie wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht befehlen können, daß bei den jugendlichen Wahlberechtigten die Voraussetzungen jegliche Wahlrechts, die politische Reife nicht vorhanden ist. Es fällt uns nicht ein, zu betreiben, daß es unter den Jugendlernen auch solche geben, die in dem Alter unter 25 Jahren sich der Trägheit des ihnen aufgebenden Wahlrechts bewusst sind. Aber die Tatsache, daß der größere Prozentsatz der Wähler der extremen Parteien, der Kommunisten und der Nationalen, im Lebensalter unter 25 Jahren liegt, scheint uns doch ein hin-

reichender Beweis dafür zu sein, daß ein sehr großer Teil, wenn nicht der größte Teil der Jugendlernen, nicht das Maß der politischen Reife besitzt, welches zureichend ist mit der Gewährung des aktiven Wahlrechts.“

Abzug der französischen Artillerie.

Wesentlichen, 7. Juli. (Ein Drahtbericht.) Die Befehle der Generalstabschef-Generale Jones hat den Befehl erteilt, sich mit Sicherheit zu halten. Im Laufe dieser Woche wird zunächst die Artillerie abgezogen. Die technischen Truppen werden als letzte die zu räumende Zone verlassen. In Verbindung mit der Räumung haben in den letzten Tagen zahlreiche Offiziere und Mannschaften Urlaub erhalten. Die Besetzung der Artillerie mit der Räumung in wichtigeren und der Entlassung empfangen. Die Oberkommandierenden der zu räumenden Ställe haben die Bevölkerung dringend gebeten, bei dem Abzug der Besatzungstruppen Ruhe zu bewahren und alle Handlungen zu unterlassen, die geeignet sind, die Räumung mit der Befehlsverwirrung zu stören.

Ein vernünftiger Beschluß.

Berlin, 7. Juli. (Wahlrechtsreform.) Das Stadtparlamentkollegium von Reichenbach (Sachsen) beschloß, an Stelle einer Fortdauer der gegenwärtigen Wahlrechtsreform Familien zu schaffen und Fortdauer der Wahlrechtsreform zu nennen. Den Vorschlag der Bürger soll teils der Stadt für den Jugenddienst ein weitgehendes Zufuß gewährt werden.

Kalle und Falkkreis.

Kalle, den 7. Juli 1925.

Die Vorgänge im "Vollspart" am 13. März vor dem Rechtsausschuß des Preussischen Landtages.

Von R. Dreißer, Landtagsabgeordneter. Die traurigen, blutigen Vorgänge, die sich am 13. März im "Vollspart" in einer kommunistischen Versammlung abspielten...

Die kommunistische Partei hatte eine Anzahl Fragen benannt, aber auch die beauftragten Polizeibeamten haben sich auf viele Fragen berufen...

Wenn die Kommunisten die traurigen Vorgänge vom 13. März heute wieder aufgründen, so muß unterrichtet werden, wie die Situation der Arbeiterbewegung in Kalle...

Bevölkerungspolitische Warnung.

In der "Halle'schen Zeitung" wird sich ein bevölkerungspolitischer Artikel namens Dr. E. B. Koch in einem A. B. nicht 21. überlebenden Artikel im Sinne einer Vermehrung der Bevölkerung...

Ein verhängnisvoller Irrtum findet sich in der Vorgangsangabe der "H. Z.". In der Reichsstatistik des Grafen von Redern...

von militärpolitischen Standpunkten aus betrachtet, fordern von dem Reichspolitiker, wäre das kein Grund zur Freude...

Beschleppung des holländischen Magistrats.

Ins witzigste! Der holländische Magistrat scheint in seinem Kampfe gegen die Arbeiterkraft absolut keine Grenze zu finden...

In ihrem Interesse hat nun auch die Straßenbahnverwaltung den Ratzen des Betriebsrates entfernt, obwohl in jedem Vertriebe...

Der Stadtmagistrat führt Waffen!

Ein neuer Beweis für die Nichtigkeit dieser Besetzung ist in einem Bericht der "Halle'schen Zeitung" vom 7. Juli enthalten...

Kommunistischer Infanz des 4. Juli.

Die Kommunisten sind bereit von ihren Pflichten beurlaubt, daß sie gar nicht mehr wissen, in welche Richtung sie gelangen...

Sonderzüge mit Fahrgastbeschränkung nach der Nordsee. In Halle und Leipzig werden noch Sonderzüge ausgesendet...

Parteilichkeiten.

Donnerstag abend 8 Uhr Regierungsverammlung in der Strauß-Galle, Robert-Strang Straße. Referent: Genosse G. u. i. s.

Arbeiter-Vollversammlung. Die Kinder, die zum Elternhaus wandern, bekommen sich morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, im Generalkomitee.

Zentralbibliothek Halle (Burgstraße 27). Von der Beisitzerin der Zentralbibliothek wird berichtet: Das abgelaufene Geschäftsjahr (Januar bis Juni 1925) war ein weiterer Schritt vorwärts...

Ein Rundschreiben für Schulklassen. Wie der preussische Minister für Volksbildung, Hans und Volkshilfen, den Unterricht...

Verlesen. Am Sonnabend, den 4. Juli, verlor unsere Zeitungsträgerin Wäntzer auf der "Neuen Promenade"...

Feuer in der Zentralgenossenschaft. Montag abend wurde die Feuerwehre nach dem Grundriß der Zentralgenossenschaft...

Wagen geklaut. Am 7. Juni d. J. ist ein Koffergewagen, der auf dem Hofe des Herrn G. in Halle gestanden war...

Wollspart. Heute abend 1/8 Uhr findet das 9. Sommerkonzert statt, welches als Baller- und Operetten-Abend gedacht ist...

Mittelnacht. Morgen, Mittwoch, 1/2 bis 1/8 Uhr: Einfliegen der Kommunisten, 1/2 bis 1/8 Uhr: Nachmittagskonzert...

Wagner. Morgen, Mittwoch, nachmittags und abends Sommer-Operettenabend. (Siehe Anzeige.) Das Salzstück "Rausch" unternimmt jetzt während der Ferien große Fernfahrten.



Aus der Provinz

Ortsvereine! Berechnungen einfinden!

Wir erinnern die Ortsvereine nochmals an die Einreichung der Bilanzabrechnung für April-Mai-Juni. Am besten fände diese Bilanz in die Berechnungen einfinden. Wir ersuchen die Ortsvereine bringen, den Vorsitzenden der Ortsvereine.
Die Bezirksleitung der G.S.D.

Unterbezirkskonferenz Sangerhausen.

Die Unterbezirkskonferenz, am Sonntag in Sangerhausen, wurde von dem Vorsitzenden des Vorstandes eröffnet. Der Vorsitzende Genosse B. K. schilderte die Entwicklung der Parteiarbeit im Unterbezirk. Die Bilanzabrechnung für April-Mai-Juni wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die hierzu vorgenommene Wahl ergab folgende Ergebnisse: Vorsitzender: K. H. K. Schriftführer: K. H. K. Kassier: K. H. K. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Der Sangerhäuser Stadtelmrummel ein Reinfall.

Sangerhausen, den 6. Juli 1935. Seit vielen Monaten wurde mit großer Eifer die Stadt für den nationalsozialistischen Stadtelmrummel am 6. Juli in die Welt hinausposaunt. Dem Sangerhäuser Elmrummel sollte an diesem Tage in großer Ausdehnung der Sangerhäuser Elmrummel begegnen. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Das war der „Mittelschicht“ der mitteldeutschen „Frontkämpfer“, das sind die nationalsozialistischen „Frontkämpfer“, das sind die nationalsozialistischen „Frontkämpfer“, das sind die nationalsozialistischen „Frontkämpfer“. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Der Vorsitzende der Ortsvereine wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Merseburg-Querfurt.

Unterbezirkskonferenz Merseburg-Querfurt.

Am vergangenen Sonntag fand die Unterbezirkskonferenz in der Aula des Gymnasiums statt. Am Nachmittag fand die Unterbezirkskonferenz in der Aula des Gymnasiums statt. Am Nachmittag fand die Unterbezirkskonferenz in der Aula des Gymnasiums statt.

Das von Delegierten und Gästen reiche Stundchen besteht. Hierfür den Baldigsten Genossen den herzlichsten Dank! Genossenschaftler freuen sich an allen Gelegenheiten der G. S. D. ein. Am 10. Juli 1935 fand die Unterbezirkskonferenz der G. S. D. statt. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Nur daß die Unterbezirkskonferenz wurde von Ortsvereinen durchgeführt. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Mansefelder Lande.

Eisleben, den 7. Juli 1935.

Seltene Geschichten.

Seit einiger Zeit laufen über das Mansefelder Land einige seltsame Geschichten. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Sport und Spiel.

Mitteldeutsche Spielvereinsung. 2. Kreis, 4. Bezirk. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.

Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.



Verantwortlich für die Redaktion, Schriftführung und Druck: G. S. D. Leipzig. Die Bilanzabrechnung wurde als wichtigste Aufgabe für die Ortsvereine bezeichnet. Die Bilanzabrechnung ist die Grundlage für die Parteiarbeit im nächsten Jahr. Wenn die Bilanzabrechnung nicht in gleicher Weise einfindet, so hat das seinen Grund darin, daß die Ortsvereine nicht in gleicher Weise arbeiten.